

Erstein täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementpreis nach dem Gradsatzungen „Sonntagsfreude“, „Inter-
lokale“ und „Stimme und Bienen“ durch die Boten zugestellt nur 50 Pfg.
pro Monat, durch die Post bezogen nur 1,20 Mk. pro Quartal.

Volks-Zeitung

Verantwortlich für den ganzen Inhalt
O. Bringswäld, Witten.

Telephon-Nr. 130.

Centrums-Organ für das Ruhrthal.

Telegraphen-Adresse:
Wolfszeitung, Witten.

Druck und Verlag von
O. Bringswäld, Witten.

Bestellungen auf unsere Zeitung werden
in unserer Geschäftsstelle
und von den Boten jederzeit entgegengenommen.

Das Centrum und die kommende Reichstagswahl.

Kurze Zeit ist es her, daß Minister Dr. v. Miquel die Trommel zum Sammeln ge-
schlagen. Der Appell erging an die Cartellbrüder, Con-
servative, Reichspartei und Nationalliberalen, sollten
sich zusammenschließen, um — wie das Centrum
von vornherein richtig erkannte — die ausschlag-
gebende Position der Centrumsfraction im
Reichstage zu erschüttern. Man konnte es nicht
verwinden, daß das Centrum, dem man so gern
ungerechterweise Mangel an nationaler Gesinnung
vorwirft, in der Entscheidung nationaler Fragen die
führende Rolle spielte. Daher die vielen schmä-
hlichen Angriffe auf den verflochtenen Reichstag, dem
selbst die Schlussthronrede ihre hohe Anerkennung
nicht versagte, — daher das sehnliche Verlangen,
ein Cartellmehrwahl zu Stande zu bringen, die das
Centrum an die Hand drücken und zur Bedeutungs-
losigkeit herabwürdigten sollte. Der Sammlungs-
wirbel ist verklungen, die Wirkung, die man von ihm
erhoffte, hat er verfehlt: eine Sammlung im Miquel-
schen Sinne ist nicht zu Stande gekommen, Dank
dem Parteigegensatz unserer Gegner und ihrer wider-
strebenden Interessenpolitik. Nichtsdestoweniger liegt
aber auch jetzt noch für uns Centrumswähler aller
Anlaß vor, auf der Hut zu sein, daß unser Befin-
nis nicht geschwächt wird und daß die ausschlag-
gebende Stellung des Centrums durch doppelte
Mehrwahlbildung im Reichstag erhalten bleibt. An
der Erreichung dieses Zweckes mitwirken erheischt das
Interesse aller Stände des Centrums; möge daher
der 16. Juni auch Centrumswähler, vollzählig
und einig an der Urne stehen!

Worin liegt die Bedeutung der doppelten
Mehrwahlbildung für das Centrum und seine
Wähler? Die Bedeutung ist eine zweifache; gemein-
sam sagt man, auf der einen Seite sei sie positiver,
auf der anderen negativer Natur, das will sagen,
daß es dem Centrum vermöge der doppelten Mehr-
wahlbildung ermöglicht ist, einmal Gesetze und An-
träge zur Annahme gelangen zu lassen, und zweitens
ihre Annahme zu verhindern. Wir wollen die Be-
zeichnung „positiv“ und „negativ“ Wirkksamkeit des
Centrums hier beibehalten, obgleich das Verhindern
des Zustandekommens eines Gesetzes, also die Er-
haltung eines gegenwärtigen Anstandes eben so gut
als eine positive Leistung angesehen werden kann.

Mit wem bildet das Centrum die doppelte Mehr-
heit? Nicht mit der Rechten, daß mit der Linken.
Die Nationalliberalen, die zu den Cartellparteien ge-
hören, können wir hier zu der Linken nicht mitrechnen.
Die Mehrheit wird also auf der einen Seite mit den
Conservativen, der Reichspartei und den National-
liberalen gebildet, auf der anderen Seite mit den drei
linken Parteien, der freisinnigen Vereinigung,
der freisinnigen Volkspartei und der deutschen Volks-
partei sowie mit den Socialdemokraten. Die Rechte
in dem bezeichneten Sinne zählt man den verordneten
„Wilden“, d. h. denjenigen Abgeordneten, die einer
Fraction nicht angehören, etwa 140 Mitglieder, die
Linke etwa 110 Mitglieder. Die 12 Antisemiten und
20 Polen nehmen eine Zwischenstellung ein. In
vielen Fällen sind sie bei der Abwehrmeihrheit, aber

häufig genug und zwar gerade bei positiven Fragen
sind sie bei der zustimmenden Mehrheit. Aus dem
Gesagten erhellt, daß die Gefahr, es werde das Cartell
zu stark, viel größer ist, als daß es die Linke
werde.

Wenn wir nun auch weder Grund haben, die Linke
auf Kosten der Rechten, noch umgekehrt die Rechte auf
Kosten der Linken all zu sehr zu verhärteln, so muß
unser Augenmerk bei der kommenden Reichstagswahl
doch vor allem darauf gerichtet sein, daß die Bil-
dung eines neuen Cartellreichstags ver-
hindert wird, damit auf der einen Seite die Rechte bei
positiven Arbeiten der Inanspruchnahme unserer Mit-
wirkung nicht enträt, und wir auf der anderen Seite
in der Lage sind, mit der Linken eine Abwehr-
mehrheit zu bilden, wir also den Ausschlag
nach der einen oder andern Seite geben.

Wollen wir unsere bisherige unschlagende Stel-
lung im Reichstage fernerhin behaupten, dann heißt
es, unsere Kräfte sammeln, dann erhebt sich für
den Centrumswähler, gleichviel welchen Stän-
des, die Pflicht, am 16. Juni seine Stimme im Sinne
des Centrums abzugeben! Ihr Arbeiter, die ihr
ein Recht darauf habt, daß man eure sociale Lage
verbessere, daß man euch menschenwürdig behandelt,
wählt keinen Cartellreichstag! Unterstützt
die Socialpolitik des Centrums, diese führt euch zum
Ziele. Mögen die Verlockungen der Socialdemokratie
noch so beständig sein, folgt ihnen nicht, sie
sind Blendwerk. Utopien helfen euch nicht, es
heißt, praktische Politik treiben. Ihr Beamte,
namentlich ihr unteren, wählt keinen Cartellreichstag!
Schaut um, wer mit mehr Wärme für euch eingetreten
ist als das Centrum! Die Interessen der höchsten
Beamten mögen beim Cartell gut aufgehoben sein,
euer Interesse vertritt das Centrum! Darum, dem
Centrum eure Stimme! Ihr Bürger, die ihr wißt,
daß eure Volksrechte euch erhalten bleiben und
daß nicht neue Steuern euren Schültern aufgebürdet
werden, wählt keinen Cartellreichstag! Folgt der
Fühne des Centrums, das alle Angriffe auf
eure Rechte und eure Steuerkraft abschlägt! Und Du,
katholisches Volk, das Du keinen Kulturkampf
mehr willst, das Du forderst, daß endlich die Rechte
der unglücklichen Malgese befristet werden, daß man
Dich als ebenbürtig erachte und daß Deinen Söhnen
die Religion erhalten bleibe, wähle keinen Cartell-
reichstag! Zeige Dich Deiner Vergangenheit würdig
und bekunde durch Deine Wahl, daß trotz aller Ein-
schränkungen unbefragbar ist die Partei mit der Devise:
Für Wahrheit, Freiheit und Recht!

So trete denn Alle einmüthig am 16. Juni an
die Wahlurne heran und gebt eure Stimme ab für
euren bisherigen Vertreter, den bewährten Centrums-
mann

Kaufmann Ed. Fuchs in Köln.

Politische Tagesübersicht.

Das Thomasmehlgeschäft des Bundes
der Landwirthe macht der Bundespresse bittere
Stunden. Die „Deutsche Tagesztg.“ kommt nach

einigem Schweigen zu den Mittheilungen des „Han-
noverschen Couriers“ wieder, wie schon neulich, mit
der Entschuldigung, die Herren von der Bundes-
leitung führen in ihren Wahlkreisen umher, sie könne
daher nicht entscheiden, ob die Angaben des Han-
noverschen Blattes sich auf authentisches Material
stützen. Die Herren reisen immer umher, wenn die
„Deutsche Tagesztg.“ in Verlegenheit um seine Aus-
kunft gerathen ist. Vorläufig gab nun das Bundes-
organ in einem sehr vorsichtig hergestellten Auszuge
seinen Lesern von den neuen Anschuldbigungen Kennt-
nis, wobei es den Fabrikanten den Vorwurf zu machen
versuchte, daß sie gegen den Bund nicht offen vor-
gegangen seien, indem sie ihm nicht mitgetheilt
hätten, daß die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
das Thomasmehl billiger beziehe. Die Sache dürfte
sich aber doch etwas anders verhalten. Die Bundes-
leitung war mit den Landwirtschaftsgesellschaften
gewährten Bedingungen nicht zufrieden, und eine
„Extra-Provision“ für die Bundeskasse herauszu-
schlagen, verabredeten sie mit den Fabrikanten, daß sie
den Mitgliedern des Bundes das Mehl theurer ver-
kaufen sollten. Im Viehmanntone verfiert das
Blatt weiter, der Bund habe niemals die Vermittler-
provision oder den Extrarabatt in Abrede gestellt;
seine Mitglieder seien nicht so tödlich, daß sie an-
nehmen, die angestellten Beamten verrichteten die
umfangreiche Arbeit gratis oder der Bund lege wo-
möglich bei den vermittelten Dünger- und Futter-
lieferungen noch Geld dazu. Gewiß hat das Niemand
geahnt und Niemand verüßelt den Bundesbeamten
ja auch, daß sie nicht umsonst arbeiten wollen. Aber
dann muß man auch nicht behaupten, daß von den
Mitgliedern über den Kostenpreis an die Bundes-
kasse gezahlte Geld komme ihnen indirect wieder zu
Gute. Auch muß man es dann nicht so hinstellen,
als liefere man den Mitgliedern das Mehl zu ganz
besonders niedrigen Preisen. Und wenn der Bund
den Mitgliedern nun gar höhere Preise ausbedingt,
als Anderen gewährt werden, ledigst um möglichst
viel für die Kasse zu profitieren, wo bleibt dann die
Wohlthat für die Landwirthe? Vierundzwanzig
Stunden später kommt dann der Bundesvorstand mit
einer Erklärung nachgehakt. Sie ist ganz nach dem
Muster der bisherigen gehalten. Der Vorstand steht
sich aufs hohe Ross, klagt über Angriffe der gegen-
wärtigen Presse auf seine persönliche Ehrenhaftigkeit,
redet allerlei davor von der Arbeitslast der auf
Wahlkreise beschränkten Herren, von dem Vertrauen
der Bundesmitglieder zu ihnen, von der Treue des
Vorstandes gegen die Mitglieder u. s. w. u. s. w.
Aber von der eigentlichen Sache kein Wort. Stolz
wird es abgelehnt, sich einem von den Gegnern ge-
bildeten Sittengericht zu unterwerfen. Den Mit-
gliedern dagegen steht der Vorstand mit jeder ge-
wünschten Auskunft zur Verfügung. Wer nun nicht
vollständig befriedigt ist, dem ist nicht zu helfen.
Sogar die „Post“ meint, wenn die Angaben des
„Hann. Cour.“ zuträfen, so gebe das Verfahren der
Bundesleitung zweifellos zu ernstlichen Bedenken
Anlaß. Bedauerlich ist es hinzu, die Sache
sei aber jedenfalls nicht dazu angethan, Capital gegen
den Bund der Landwirthe und seine Bestrebungen
daraus zu schlagen. Es handele sich schließlich
Falles um eine Verletzung der Leiter des Bundes.
Mehr ist von uns auch nicht behauptet worden. Wie
konnte es uns denn einfallen, den Mitgliedern des
Bundes irgend einen Vorwurf aus dem zu machen,
was die Leiter ohne ihr Mitwissen thun.

Politische Nachrichten.

Berlin, 12. Juni.
* Ueber im nächsten Jahre bevorstehende Mil-
itärreformen wird dem „Berl. Tagebl.“ geschrie-
ben: In erster Linie ist die durchgreifende Organi-
sation der Feldartillerie zu nennen. Dabei
sollen wahrscheinlich die Artillerieregimenter den
Divisionen unterstellt und zu je zwei Abtheilungen
zu drei Batterien, die Batterien mit waffenschü-
ssigen, formirt werden. Die Corpsartillerie würde damit
in Fortfall kommen. Ferner dürfte die reitende
Artillerie auf den kriegsmäßigen Stand für
die Cavalleriedivisionen herabgemindert werden in
Abtheilungen zu zwei Batterien mit waffenschü-
ssigen, formirt werden. Endlich sollen Feldhaubitzen für
den hohen Vogenschuß zur Einführung gelangen.
Aus bereits bestehenden Formationen sollen weiter-
hin mehrere neue Armee-corps errichtet wer-
den, und zwar dürfte Sachsen ein zweites Armee-
corps mit dem Sitz in Leipzig, Bayern ein drittes
Armee-corps mit dem Sitz wahrscheinlich in Mün-
chen und Preußen ein achtzehntes (heftiges) Armee-
corps mit dem Sitz wahrscheinlich in Mainz formiren.
Die zweijährige Dienstzeit bei den Fuß-
truppen soll bestehen bleiben, wahrscheinlich wird
aber eine kleine Vermehrung der Capitulanten ge-
fordert werden. Welche Forderungen hinsichtlich der
Cavallerie werden erhoben werden, steht noch
nicht fest. Die jetzige Zahl reicht nach Ansicht der
maßgebenden Kreise nicht mehr aus, und die Kad-
fahrruppen, die zur Einführung kommen, können
die bestehenden Wünsche nicht befriedigen. Man
nimmt an, daß für jedes Armee-corps eine Escadron
„Jäger zu Pferde“ (Reiter) gefordert wird.
Endlich soll die Pioniertruppe reformirt
werden. Wie man annimmt, soll ein Theil der
Regimenter, welche jetzt zwei Bataillone haben,
künftig auf drei Bataillone gebracht werden. Er-
stlich plant die Militärverwaltung diese neuen
Organisationen, um mit Frankreich gleichen Schritt
zu halten, das bekanntlich fortfährt, vier Bataillone
zu errichten.

* Herr von Miquel, so schreibt auch der Ber-
liner Correspondent der „Frankf. Ztg.“, ist der
Einzigste, der für den nächsten Reichstag
schon bestimmte Pläne hat. Sie liegen
vorgezeichnet in dem wirtschaftlichen Programm,
das er in seiner Sammlungsrede angekündigt hat und
in der besonderen Zuspitzung, die dieses mit Bezug
auf die zukünftigen Handelsverträge hat. Dann
aber ist ganz unzweifelhaft, daß er einen neuen und
den Verhältnissen nach den letzten Versuch zur Durch-
führung einer Reichsfinanzreform machen
wird. Das ist die einzige große gesetzgeberische
Aufgabe, von der man jetzt schon weiß, daß sie dem
Reichstag nicht erspart werden wird. Auch aus
den letzten Aeußerungen des Ministers v. Nibel
in München ist das ja hervorgegangen. So ist es
begreiflich, daß Herr von Miquel derjenige Minister
ist, der das meiste persönliche Interesse an der Zu-
sammenlegung des nächsten Reichstages hat. Er
hat im letzten Reichstag mit seiner Steuerreform
und den damit verbundenen Steuerplan eine
Niederlage erlitten. Er hat diesen Reichstag seitdem
gemieden. Es gehört wenig Prophetengabe dazu,
sich zu sagen, daß er im nächsten Reichstag unter
veränderten Verhältnissen seine letzten Ideale
zu verwirklichen hofft. Vielleicht werden große
Wählerkreise es später bereuen, wenn sie die Cam-

Im Kampf ums Recht.

Criminal-Roman von E. Heinrichs.

„Dieser Mensch heißt Helmers und ist jetzt, die Geschichte
klingt komisch — bei dem Justizrath Adler als erster Schreiber
und Bureauvorstand. Er haßt mich, weil ich ihn wegen ver-
schwiegener Eigennützigkeiten entlassen mußte. Sie sind ja
flug genug, mein lieber Jassen und kennen als Gerichts-
schreiber die Praktiken solcher Menschen aus dem Grunde.
Natürlich ist die Geschichte auf eine Verrätheri hinauslaufen,
denn wäre es wahr, was dieser Ebbechen verläutelt ließ, daß
er sich ein noch nicht unterzeichnetes Testament, welches ich
vor den Augen der Erblasserin in das Kamin-Feuer werfen
sollte, entwand und dafür einen unbedarften, in derselben
Weise gefallenen Aetenbogen unterschrieben haben will, dann
sollte er, so wahr ich Jakobus heiße, wieder in's Justizhaus
zurück und fünf Jahre unglücklich gemacht werden. Ich habe
allen Grund zu der Annahme, daß jener Helmers kein Helfers-
bester gewesen und es auch noch ist. Als mein jetziger Schreiber
können Sie sich ihm ja mal vorstellen und ihm um die Testa-
mentsgeschichte sondiren, vielleicht treffen Sie den Erbstilling
auch bei ihm und würden dann ein famoles Kleeblatt bilden.“

Jakobus lachte unbedarft, was allerdings schon mehr ein
höfliches Grinsen war, und Jassen stimmte pflichtschuldigst
bei, worauf er sich von seinem neuen Herrn verabschiedete.

13. Capitel.

Am nächsten Morgen begaben sich Jassen und sein Gast
auf verschiedenen Wegen zum Bahnhof und dampften dann
auch in verschiedenen Classen mit dem Schnellzuge nach
A. ab.

Der trafen sich beide in einem vorbestimmten Gast-
hof, wo Jassen früher viel verkehrt hatte und es nun in un-
auffälliger Weise veranlaßte, daß sie, ohne ihre Zusammen-
gehörigkeit zu veranlassen, zwei neben einander liegende, durch
eine Thür verbundene Zimmer erhielten.

Jassen zog sofort den in dieser Thür befindlichen Schlüssel
an und steckte ihn zu sich, wodurch er ermöglichte,
daß Ebbechen jederzeit ungehindert zu ihm kommen konnte, weil
ihm daran lag, ihre Verbindung ganz geheim zu halten.

Es fruchtigte demgemäß jeder für sich allein in seinem
Zimmer und während Konrad Ebbechen seinen einzigen Freund
und Kollegen Helmers, der jetzt, allerdings trübselig für

ihn, seine frühere Stellung bei dem Justizrath Adler ein-
nahm, aufsuchte, begab sich Jassen nach dem Hotel „Zum
Strompfe“, um sich bei dem Herrn Dr. Wolf Eichen-
dorf zu lassen. Er gebraute die Vorrede, den Brief des
Notars mit hineinzufügen, was die erwünschte Wirkung auch
nach wenigen Augenblicken hervorbrachte.

Der hochwürdige Herr Doktor empfing den Schreiber
seines Sachwalters in gnädiger und herablassender Stimmung.
Er ließ vor einem Schreibtisch, hatte seinem Seifel eine
halbe Weinung gegeben und nicht dem Eintreten, den er
heranwinkte und dann stehen ließ, leutlich zu.

„Der Notar schreibt mir“, begann er, „daß Sie früher
hier in M. Gerichtsschreiber waren, stimmt das?“
„Ja, Herr Doktor, ich bin auf eigenen Antrag an-
dauernder Krankheits halber pensionirt worden und habe,
weil meine Gesundheit sich gebessert hat, eine Schreibstelle
bei dem Herrn Notar Jakobus angenommen.“

„Das ist also richtig, gut. Es ist mir angenehm, weil
Sie juristische Kenntnisse, wenigstens eine Fühlung damit er-
langt haben werden.“

Jassen verbeugte sich zustimmend.

„Sie wissen also, wovon dieser Brief handelt?“ fuhr
der Doktor, ihn lauernd von der Seite anblickend, fort.

„Der Herr Notar hat mich über die Hauptpunkte des-
selben informiert“, versetzte Jassen, seine beschämte Miene auf-
legend. „Es betrifft ein zweites Testament der ersten Gemahlin
des verstorbenen Majors von Wellhofen.“

„Ganz recht, meiner seligen Ehefrau, was Ihnen viel-
leicht auch bekannt sein wird.“

Wieder verbeugte sich Jassen bejahend.

„Sie hätte die Hälfte meines väterlichen Vermögens ge-
erbt und dieses dem zweiten Gemahl vermacht, aber das er
uneingeschränktes Verfügungsrecht erhielt. Diesen Passus
hat sie, ihr Unrecht gegen mich etwas spät einsehend, in einer
legitimen Verfügung wieder aufgehoben, allerdings mit einer
wunderlichen Clause, daß nämlich das mir entzogene väter-
liche Vermögen unverändert an mich zurückfallen sollte, falls
der Major bei seinem Ableben sein Testament hinterläßt.
Mit dieser Clause haben wir also jetzt, nachdem der Zeit-
punkt eingetreten ist, zu rechnen. Die Frage, ob ein Testa-
ment vorhanden ist oder nicht, ist der Kernpunkt, um den sich
für mich alles handelt. Dem Notar ist es leider nicht ge-
lungen, darüber Aufklärung zu erlangen, er saß in seinem
Schreiben über Dinge, die seinem Standpunkt gänzlich fern
liegen, nämlich von der rechtlichen Nachlassnahme und Menschen-
liebe u. s. Die Witwe des Majors liegt schwer krank, wie er
schreibt, und da empfindet er im Namen seiner kranken Dinge,
mit einem Einschießen gegen die Fronte bis zu ihrer Ge-

nesung zu warten. Dazu aber fehlt mir die Geduld, ich habe
nun lange genug gewartet und will endlich die Nebenken meines
Vermögens selber sehen.“

„Nicht mehr als nötig, Herr Doktor!“ stimmte Jassen
eifrig bei, „aber wenn Sie's gestatten, möchte ich mit einer
Bemerkung nicht zurückhalten.“

„Nur heraus damit“, erwiderte der Doktor gnädig.

„Ich meine, daß der Herr Notar mit der Nachlassnahme
gegen die schwer kranke Frau vom Standpunkt der Klugheit
aus doch immerhin Recht haben könnte, nämlich der öffent-
lichen Meinung gegenüber.“

„Mit der rechte ich bei meinen Handlungen niemals“,
versetzte Eichenhof, geringschuldig lächelnd.

„Aber doch wohl mit der Gerechtigkeit, Herr Doktor!“
Auch diese Worte, weil das immerhin gerechtfertigte Ver-
fahren gegen eine Frau vom Stande gerichtet wäre, es je-
denfalls nicht vermehren.“

Der Doktor erhob sich unruhig und stieß den Seifel
bei Seite.

„Auch diese sogenannte Gesellschaft würde mich wenig
kummern, wenn ich nur die Sicherheit erlangen könnte, daß
der Major von Wellhofen sein Testament hinterlassen hat.
Wie lange wohnen Sie in A.“

„Seit zwei Jahren“, erwiderte Jassen ruhig.

„Sie kennen vermutlich jenes Reich schon ganz genau?“
— „Ich sehe dies voraus, weil der Notar Sie in dieser Sache
zu seinem Vertrauensmann erwählt hat.“

„Aberdings bin ich ziemlich vertraut mit den dortigen
Verhältnissen.“

„Ich dachte es mir, Sie haben jedenfalls auch den ver-
storbenen Major genau gekannt?“

„Nur oberflächlich, Herr Doktor!“ — Es wunderte mich
freilich, da er als Mutter-Gemahl bekannt gewesen, daß er
sein Testament hinterlassen hat. Man mußte ihn ja wieder,
daß seine kranke Witwe einem fremden Rechtsanwalt, der
fürsich bei einem Ankaufsal verurtheilt worden ist, das
Ordnen ihrer Vermögens-Verhältnisse übertragen haben soll.“

„Bah“, erwiderte Eichenhof, hämisch lächelnd, „er mag
aus Eitelkeit in den Weg werfen, das rollende Rad wird er
nicht aufhalten können.“ — „Ich weiß, daß dieser Rechtsan-
walter am Tage vor des Majors Tode bei ihm war, ich traf
ihn selber dort, ihn und seinen Vater, einen alten Hanbegen.
Daher läge allerdings die Möglichkeit vor, daß noch in der
letzten Stunde ein Testament zustande gekommen wäre, all-
erdings ohne die gesetzliche Form einer notariellen Beglaubigung,
oder meinen Sie, daß ein solches gültig wäre?“

„Unter gewissen Umständen allerdings, wenn z. B. Gefahr
im Verzuge ist, ja, es genügt alsdann auch schon ein selbst-

geschriebenes Testament mit eigenhändiger und Zeugenunter-
schrift.“

„Um, dann wäre es immerhin ein möglicher Fall“, sagte
der Doktor, finster an seinem Schnurrbart zerkend, „sollten
Sie als ehemaliger Gerichtsmann mir das nicht ausnahms-
machen? Selbstverständlich werde ich mich erkenntlich dafür
zeigen.“

„O, bitte, Herr Doktor!“ wehrte Jassen dienstfertig ab,
„ich rechne auf eine Erkenntlichkeit und stelle mich Ihnen
gern zur Verfügung. Gebieten Sie über meine Dienste.“

„Gut, dann möchte ich Sie bitten, — doch setzen Sie
sich, Herr.“

„Jassen“, ergänzte dieser, indem er sich erhob, als Eichen-
hof sich wieder in seinen Seifel geworfen, auf eine Stuhlleiste
niederließ. „Er kannte seinen Vapenheimer ganz genau und
wußte, wodurch er dem grenzenlosen Hochmuth dieses Mannes
am besten schmeichelte.“

Also, Herr Jassen“, fuhr Dr. Eichenhof nun mit her-
ablassender Freundlichkeit fort, „ich möchte Sie zuerst bitten,
einen mir unbekannten Weg hier in der Stadt für mich zu
bezeichnen. Es wohnt hier in irgend einer abseitsen Straße
oder Gasse ein Mann, der eines Zeichens Rathgeber ist,
nebenbei auch alte Documente, die durch den Jahn der Zeit
geblüht und unelastisch geworden sind, zu entschlüsseln und in
der Urchrift wieder herzustellen versteht. Der Notar möchte
mich vor einiger Zeit auf diesen Schriftkünstler aufmerksam
machen, um es durch seinen Mann wieder aufleben zu lassen.
Ich habe es einem Händler für sehreres Geld abgekauft, es ist
sehr wichtig für mich, weshalb ich den Notar beauftragt, weil
ich mit bezaugten Menschen umständlich niemals persönlich
verkehre. Es war mir daher äußerst thal, daß Ihr Herr
nicht selber gekommen, doch nun können Sie mir die Sache in
Abzug bringen.“

„Mit Vergnügen, Herr Doktor“, versetzte Jassen, sich er-
hebend, „wollen Sie nur die Güte haben, mir Namen und
Wohnung des Rathgebers zu notiren, sowie Ihre Befehle-
ung, das Document mit auszugeben.“

„Jawohl, das sollen Sie folglich haben, Herr Jassen“,
sagte Eichenhof, sich seinem Schreibtisch zuwendend und
Papier zurechtlegend. „Den Namen können Sie selbst no-
tiren, er lautet Kreisel, die Wohnung kann ich Ihnen leider
nicht angeben, die müssen Sie im Adreßbuch suchen.“

(Fortsetzung folgt.)

bidaten in der jetzigen lauen Wahlbewegung nicht sorgfältig auf ihre Stellung zur sog. Reichsfinanzreform und den damit verbundenen bekannten Steuerplänen geprüft haben.

* Das Schreiben des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky an den „notablen Politiker“ ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ ausdrücklich feststellt, selbstverständlich nicht verfaßt worden, ohne daß sich der Staatssekretär der Billigung der darin ausgesprochenen Grundsätze seitens des Reichskanzlers versichert hätte. Die „Grundzüge“ wird selbstverständlich jede Regierung billigen. Warum hat aber der Reichskanzler, wenn eine derartige programmatische Rundgebung der Regierung erfolgen sollte, diese nicht selbst und amtlich erlassen, statt daß sie ein Staatssekretär in einem für die Öffentlichkeit bestimmten „Privatbriefe“ erließ? Von einer Seite wird behauptet, eine derartige Rundgebung sei von maßgebender Seite gewünscht worden, der Reichskanzler habe aber keine Neigung dazu gehabt und nach einigen Verhandlungen habe Graf v. Posadowsky die Ausführung übernommen. Von anderer Seite wird behauptet, der Reichskanzler habe nicht nur die Grundzüge des Schreibens gebilligt sondern auch den Inhalt und die Veröffentlichung des ihm vorher mitgetheilten Wahlbriefes.

* Prinz Heinrich ist von seinem fünftägigen Ausflug nach dem Innern des Reichs zurückgekehrt. Er ist am 11. Juni nach Kassel zurückgekehrt.

* Limburg, 11. Juni. Am 7. d. Mts. ist beim hiesigen Domkapitel die landesherrliche Entscheidung über die zu Ende Februar eingereichte Liste der für den verwaisten Bischofsstuhl in Aussicht genommenen Kandidaten eingegangen. Die Bischofswahl ist nunmehr auf Mittwoch, den 15. d. M., festgesetzt worden.

* Grundsätze für die Gültigkeit der Reichstagswahlen.

Nach dem kürzlich veröffentlichten Bericht der Wahlprüfungskommission des Reichstages sind von 119 zur Prüfung ihr überwiesenen Wahlen 16 für ungültig erklärt worden. Bei der Prüfung der Wahlen sind Verstöße gegen die Paragraphen des Wahlgesetzes und des zu dessen Ausführung erlassenen Reglements wiederholt wahrgenommen worden, aus denen zwischen Kommission und Reichstag über einstimmen der Beurteilung Grundsätze abgeleitet worden sind, welche in dem Kommissionsbericht zusammengefaßt sind. Bei den bevorstehenden Wahlen ist zur Vermeidung von Ungültigkeits-erklärungen allgemeine Kenntnis dieser Stellungnahme angebracht. Von den in abhängiger Stellung befindlichen Wählern wird es wie eine Gleichgültigkeit empfunden werden, wenn sie sehen, daß die bekannten Grundsätze der Wahlbewegung in der Wahl nicht befolgt werden. Andererseits heißt es aber genau das Gegenteil, daß die nachstehend angeführten Grundsätze treu und wahrlich befolgt werden. Sollte das am 16. Juni vorzukommen, dann ist sofort von den Wählern der Wahlbestand genau und unter Anführung der jungen niederschreiben und sofort nach erfolgter Wahl eventuell ein Protest gegen die Wahl dem Reichstage zuzuschicken. Wir theilen deshalb diese Grundsätze nachstehend nochmals zur Beachtung mit:

Das Wahlgeheimnis wird dadurch verletzt, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes den Stimmzettel offen annehmen und selbst zusammenfalten, den übergebenen Stimmzettel vor der Niederlegung in die Urne kenntlich machen, den Stimmzettel zur Ermittlung des Namens des Wahlberechtigten ganz oder teilweise öffnen, denselben an eine bestimmte Stelle der Urne legen, die Stimmzettel in zwei Urnen oder in abgetheilte Räume der Wahlurne legen; daß die Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahllokal Stimmzettel verteilen, bevor ihre Tätigkeit im Wahlvorstand beendet ist; ferner dadurch, daß auf dem Tische des Wahlvorstandes die Stimmzettel nur einer Partei oder in der Weise die Stimmzettel mehrerer Parteien zur Entnahme für die Wähler aufgelegt sind, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes die Stimmabgabe kontrollieren können. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses liegt ferner vor, wenn der Tisch mit Wahlzetteln vor der Eingangstür in das Wahllokal so aufgestellt ist, daß der Wahlvorsteher vom Wahllokal aus die Entnahme der Wahlzettel von diesem Tische kontrollieren konnte und kontrolliert hat.

Das Wahlgeheimnis und die Wahlfreiheit werden dadurch verletzt, daß den Wahlberechtigten Vermögensrechtliche Nachteile oder Ehrenfolgen vor der Stimmabgabe wegen der Abstimmung für eine Partei in Aussicht gestellt und in Verbindung damit ihre Stimmabgabe in solcher Weise beeinflusst worden ist, daß sie annehmen mußten, es werde erkannt, wenn sie wählen. Als ungültig wurden die Stimmen der Wähler erklärt, welchen mit Arbeitsentlassung oder Wohnungsbewilligung gedroht worden war und deren Abstimmung seitens einer Aufsichtsperson durch Begleiten bis zur Wahlurne oder durch Begleiten bis zum Wahlzimmer sowie durch die Abhaltung, den Stimmzettel hochzuhalten oder in einer bestimmten Hand zu tragen, kontrolliert worden war. Ferner wurden Stimmen kassiert, wenn Befehl von landwirtschaftlichen oder gewerblichen Unternehmen oder ihre Ausheber, Verwalter, Steiger oder sonstige Organe ihre Arbeiter mit Stimmzetteln — auch vor dem Wahllokal — für einen bestimmten Kandidaten versehen und dann die Arbeiter auf dem Gang zur Wahlurne dazwischen kontrollierten, daß die Abgabe anderer Stimmzettel nur schwer möglich war. Als nicht gültig wurde, daß sich Arbeiter wegen dieser Kontrolle von der Abstimmung abhalten ließen, kam in Frage, ob nicht die nicht abgegebenen Stimmen des Wahlkreises dem unterlegenen Kandidaten zuzurechnen seien.

Eine Wahlfreiheit beeinträchtigende Beeinflussung wurde in der Tätigkeit der staatslichen und kommunalen Beamten zu Gunsten eines bestimmten Kandidaten gesehen, wenn dieselben einen Umfang angenommen hat, daß daraus zu folgern war, die Staatsregierung wolle die Wahl dieses Kandidaten. Bei dieser Art der Beeinflussung ist gleichgültig, ob der amtierende Beamte politische Befugnisse hat oder nicht. Eine Kandidatur wurde

als offizielle angesehen, wenn die Gemeindevorsteher auf an sie gerichtete Anweisung des Landrats für einen bestimmten Kandidaten agitierten oder wenn sie durch die Gemeindevorsteher Stimmzettel für einen Kandidaten verteilten ließen.

Die Wahlfreiheit wird unzulässig beeinträchtigt, wenn Landräthe, Landratsamts-Verwalter Wahlaufrufe zu Gunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Kandidaten unter Verfügen ihres Amtescharakters unterzeichnen; auch ohne öffentliches Auftreten Gemeindevorsteher oder Privatpersonen für den Fall einer bestimmten Stimmabgabe Vorteile oder umgekehrt Nachteile in Aussicht stellen; wenn sie in Kreistags- und Gemeindevorstellungen, in den Sitzungen der landwirtschaftlichen Vereine und in ähnlichen Versammlungen oder in Circularen für oder gegen einen Kandidaten Stellung nehmen; wenn aus ihren Bureau Stimmzettel oder Flugblätter zur Verteilung gelangen, derart, daß die Herkunft der Letzteren erkannt werden kann. Dasselbe gilt für andere Beamte mit obrigkeitlicher Gewalt. Insbesondere liegt eine unzulässige Beeinflussung vor, wenn Districtscommissare für einen bestimmten Kandidaten eintreten. Das Gleiche gilt für alle Beamten, die zu Gunsten einer bestimmten Kandidatur an die ihnen unterstellten Behörden oder Beamten in Schreiben sich wenden, sofern die Letzteren nicht zweifellos als private kenntlich sind. Es liegt ferner eine unzulässige Beeinflussung vor, wenn Gemeindevorsteher oder Gemeindevorsteher oder Amtsvorsteher durch Gemeindevorsteher Stimmzettel zu einer Zeit conficieren, wo deren Neubeschaffung und rechtzeitige Verteilung vor der Wahl nicht mehr gut thunlich war.

Es ist eine unzulässige Beeinflussung, wenn Bürgermeister, die mit Polizeigewalt beauftragt sind, einen Kandidaten aufstellen, Unterschriften unter ein in diesen gerichtetes Schreiben, worin sie ihn um Annahme der Candidatur ersuchen, von anderen sammeln, Wahlzettel verteilen, gegnerische Stimmzettel conficieren, Wählerversammlungen von Eingewiesenen ihrer Bürgermeistereien zusammenberufen und in solchen die Wahl eines Kandidaten empfehlen, wenn sie Gemeindevorsteher mit der Verteilung von Stimmzetteln oder Flugblättern beauftragen; wenn Gemeindevorsteher und andere Gemeindevorsteher solche Aufträge ausführen oder auch ohne amtlichen Auftrag solche Handlungen vornehmen, sofern sie bei deren Vornahme mit amtlichen Abzeichen versehen oder in Amtskleidung sind. Insbesondere ist dies der Fall, wenn sie in dieser Weise gegnerische Stimmzettel in den Häusern abfordern, mit gewerblichen oder anderen Nachtheilen drohen. Das Gleiche gilt, wenn Lehrer in der Schule Stimmzettel an die Schüler zur Uebermittlung an deren Eltern verteilen, oder den Eltern drohen, ihren Kindern den Schulurlaub zu verweigern, wenn sie einen bestimmten Kandidaten wählen.

* Furcht und Saumseligkeit

veranlassen manche Wähler, auf die Ausübung des wichtigsten und schönsten Rechtes, welches wir haben, auf die Ausübung des Reichstags-Wahlrechtes zu verzichten. Wenn auch zwar alle Parteien mit saumseligen Parteigenossen zu rechnen haben, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß die national-liberale Partei keine Wähler in ihren Reihen hat, die aus Furcht der Wahlurne fernbleiben oder aus Furcht gar gegen ihre Ueberzeugung wählen. An solchen unsicheren Cantonisten ist aber die Centrumpartei im Industriebezirk immer ziemlich reich gewesen. Es war diese Tatsache bei allen früheren Wahlen zum Reichstag nie eine sonderlich auffallende Erscheinung, wenn das Gebahren der national-liberalen Großindustriellen bei Wahlen in Betracht gezogen wird. Wie mancher brave Arbeiter und Beamte mußte für seine bei früheren Wahlen an den Tag gelegte Ueberzeugungstreue und seinen Mannesmut schwer büßen, indem intolerante Arbeitgeber solche Arbeiter resp. Beamten, welche gegen ihren Willen gewählt hatten, entweder durch Entlassung aus der Arbeit oder auf eine andere Weise in empfindlicher Weise schädigten. Mit dem Kränken des inneren Menschen — um mit unserem unvergesslichen Hofrat Hermann von Mallinckrodt zu sprechen — muß man noch heute daran denken, wie besonders in den Zeiten der schlimmsten Kulturkämpfe lathol. Arbeiter entlassen wurden und nur sehr schwer wieder Beschäftigung erhalten konnten, weil sie aus Ueberzeugungstreue einem Centrumsmanne ihre Stimme gegeben hatten. Es gereicht jener Partei, die sich mit Stolz national-liberal nennt, noch heute und für alle Zeiten zur Schande, daß viele ihrer besten und einflussreichsten Mitglieder sich in der bezeichneten Weise gegen Toleranz und Gerechtigkeit auf's Schwerste veründigt haben. Es ist mehr wie anmaßend und im höchsten Grade empörend, zu verlangen, daß der Beamte oder der Arbeiter, den man in seinem Betriebe beschäftigt, seine Stimme in dem Sinne abgeben soll, wie der Arbeitgeber es wünscht. Der Arbeitgeber hat gar kein Recht, solches zu verlangen. Der Letztere hat wohl einen berechtigten Anspruch darauf, daß der Arbeiter, resp. Beamte für den Lohn den er erhält, auch die entsprechenden Dienstleistungen verrichtet; ferner sich anständig und gestiftet betrage, aber zu verlangen, daß er in der Ausübung seiner politischen Rechte so handeln soll, wie er (der Arbeitgeber) es wünscht, heißt nichts anderes, als ihm seine politische Selbstständigkeit rauben, ihn in dieser Beziehung vollständig rechtlos machen. Dazu wird aber ein gerechter Arbeitgeber nie übergehen. Es fragt sich nun, wie werden die national-liberalen Großindustriellen sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl bezüglich der freien Willensäußerung ihrer Angestellten verhalten? Werden sie auch diesmal wieder Arbeiter oder Beamten, die gegen ihren Willen z. B. einen Centrumsmanne wählen, durch Entlassung aus der Arbeit u. zu schädigen suchen? Wir können dieses unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht glauben; müssen vielmehr annehmen, daß die Zeiten, wo man zu solchen Maßregelungen griff, für immer vorüber sind! Und zudem hat die Wahlprüfungskommission des Reichstages gegenüber Beeinflussungen eine so entschiedene Stellung eingenommen, daß man sich in Zukunft wohl hätten wird, solche unerhörte Beeinflussungen zu treiben, wie sie früher an der Tagesordnung waren. Immer-

hin werden alle unsere Parteifreunde gut thun, auch bei der am nächsten Donnerstag stattfindenden Wahl den Nationalliberalen scharf auf die Finger zu sehen, um eventuell sofort constatieren zu können, ob sie sich Wahlbeeinflussungen zu Schulden kommen lassen. Die Centrumpresse Deutschlands wird es sich angelegen sein lassen, alle jene Arbeitgeber, die zu Wahlbeeinflussungen oder zu Maßregelungen ihrer Angestellten gegriffen, vor dem ganzen Lande öffentlich zu brandmarken. Auch wird gegen die Gültigkeit solcher Wahlen sofort protestiert werden. Wir möchten nun alle Centrumsmitglieder dringend ermahnen, doch ja nicht aus Furcht vor ihrem Arbeitgeber gegen ihre Ueberzeugung zu wählen. Diese Furcht ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz grundlos. — Neben der Furcht ist es, wie gesagt, auch die Saumseligkeit, durch die eine große Anzahl Stimmen verloren gehen. Die Niederlage einer Partei ist immer gegen die Saumseligkeit vieler ihrer Anhänger zurückzuführen. Es wäre nun doch wirklich bedauerlich, wenn der eine oder andere Centrumsmanne aus Gleichgültigkeit oder Bequemlichkeit sein Reichstagswahlrecht — das schönste Recht, das er hat — nicht ausüben und dadurch vielleicht einem Gegner zum Siege verhelfen wollte. Man sage nicht: auf eine Stimme kommt es nicht an! Wenn 1000 Wähler so denken, dann ist es nicht mehr eine Stimme, sondern dann sind es deren 1000, die unserer Partei verloren gehen. Also vor allen Dingen die Gleichgültigkeit und Saumseligkeit beseitigen.

Der Ausfall der diesmaligen Reichstagswahl ist zweifellos entscheidend dafür, ob im neuen Reichstage die Volkswirtschaft, soziale Reformen angestrebt werden sollen u. s. w. oder ob eine volkswirtschaftliche Mehrheit die wichtigsten Rechte des Volkes noch mehr beschneiden, wenn nicht gar theilweise ganz beseitigen wird. Späteres Vantieren hilft dann nicht mehr! Mit dem Stimmzettel in der Hand kann man am 16. Juni dafür eintreten, daß die drohenden Gefahren beseitigt werden. Darum Centrumsleute allerorts, besonders Ihr Arbeiter! Macht es Euch zur Gewissenspflicht, am künftigen Donnerstag Mann für Mann an der Wahlurne zu erscheinen, um in Euerem eigenen Interesse keinem Andern die Stimme zu geben, als dem Candidaten der Centrumpartei in Euerem Wahlkreise!

* Zur Wahlbewegung.

* Gelsenkirchen, 8. Juni. Mit allen möglichen Mitteln wird gearbeitet, um den Candidaten der Centrumpartei, Herrn Kaufmann Ed. Fuchs, bei den Wählern zu verankern. U. A. hat man, wie die „Wesf. Ztg.“ mittheilt, in Schalle und wahrscheinlich auch in anderen Gemeinden unseres Wahlkreises die Unwahrheit verbreitet, Herr Fuchs sei ein reicher Großkaufmann in Köln, der ganze Schiffsladungen Waaren empfangen und eine Menge kleiner Geschäftskunden in der Hand habe und dieselben gründlich ausbeute. Auf diese Art und Weise behauptet er seine Fürsorge für den Mittelstand im Allgemeinen und die Kleinrentner-treue im Besonderen. Die verleumdende Absicht des Ueberhebers dieser Verächtlichkeit tritt deutlich zu Tage, nichtabwendbar wird es genug urtheilsfähige Leute geben, welche den Schwindel von U. bis J. glauben. Diesen sei ausdrücklich gesagt, daß Herr Fuchs allerdings als Kaufmann Tuchwaren an gros verkauft, wie dies hundert andere Kaufleute thun, daß er aber noch nie in der Lage war, ganze Schiffsladungen zu beziehen, und daß er es anderen Geschäftskunden überlassen hat, Kleinrentner- oder Handelsreisende auszuwählen. Sollte er sich auf dieses etwas unlaubere, aber gewinnbringende Vexierwerk, dann würde er vielleicht heute ein reicher Mann sein, was er keineswegs ist. Mit Leib und Seele Centrumsmanne, scheute er seit Jahrzehnten kein Opfer an Zeit, Geld und Mühe, um der guten Sache der deutschen Katholiken mit Wort und That zu dienen, und es giebt wenige Gegenden in Norddeutschland, wo er nicht als Redner — als solcher war er von jeher gesucht — für das Centrum und kirchlich-katholische Belangen gewirkt hat, und dies alles in selbstloser Weise. Daß sich bei solchem Wirken und selbstlosen Handeln keine Schätze erwerben lassen und er seine Kräfte nicht in der Weise seinem Geschäft in Köln anwenden konnte, wie es auf Gewinn bedachte Kaufleute thun, liegt auf der Hand. Wenn Jemand allerseits opferfreudig für unsere Sache eintreten bereit war und eingetreten ist, dann ist es Herr Fuchs, und einen solchen Mann, der sich nicht allein in seiner Heimatstadt Köln, sondern in weiten Kreisen des Landes der größten Achtung erfreut, der als Officier in zwei Feldjahren vor dem Feinde gestanden, und dessen Brust geschmückt ist mit dem höchsten Ehrenzeichen der Tapferkeit, mit dem eisernen Kreuz, mag man zu verleumern, er sei ein Ausbeuter armer Leute! Unsere Genossenschaft und alle wahren Freunde des Volkes werden am 16. Juni den Grabschneidern die richtige Antwort geben, indem sie Mann für Mann stimmen für den Candidaten der Centrumpartei, für Herrn Kaufmann Ed. Fuchs in Köln.

* Essen, 11. Juni. Der Abg. Eugen Richter, der hier als freisinniger Bäckercandidat aufgestellt war, hat seinen Parteifreunden empfohlen, zur Vermeidung falscher oder überflüssiger Stichwahlen schon im ersten Wahlgange für den Centrums-candidaten Stöckel gegen Krupp zu stimmen. — Die Vertrauensmänner des Ortsvereins Essen der deutsch-sozialen Reformpartei beschloffen, die Candidatur des Herrn Dr. König-Witten zurückzugeben und auf die Aufstellung eines eigenen Candidaten zu verzichten. Jedem Parteigenossen wurde freigestellt, demjenigen der beiden in Betracht kommenden Wahlcandidaten ihre Stimme zu geben, welcher nach seiner Meinung den Bestrebungen der deutsch-sozialen Reformpartei am nächsten steht.

* Centrumswähler-Versammlung in Witten.

* Witten, 14. Juni. Die für gestern Abend angekündigte Wähler-Versammlung unserer Partei hatte Männer aus

allen Schichten der Bevölkerung angelockt, so daß der große Vorkamm'che Saal die Erschienenen nicht zu fassen vermochte und Anderer wieder umgekehrt sein mag. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer mit 1300 bis 1400 gewiß nicht zu hoch. Von diesen mochten etwa zwei Drittel Anhänger der Centrumpartei und die übrigen Nicht-Centrumsleute, vorwiegend Socialdemokraten, sein. Daß Störungen beabsichtigt waren, wurde von vornherein angenommen, und diese Annahme erwies sich als richtig.

Der Vorsitzende des hiesigen Local-Wahlcomitees der Centrumpartei, Herr Jura, eröffnete die großartige Versammlung kurz nach 1/2 9 Uhr mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Kaiser und theilte dann nach einigen einleitenden Worten, und nachdem er etwa sich zum Wort meldenden Gegnern eine Redezeit von zehn Minuten zugesichert, das Wort dem Chef-Redacteur der „Deutschen Reichszeitung“, Herrn Dr. Hillmann v. Bonn. Dieser, stürmisch begrüßt, gedankt zunächst mit einigen Worten unserer Verfassung, Absolutismus gebe es ja nicht mehr. Die Regierung auf der einen und die Volksvertretung auf der anderen Seite, müssen miteinander arbeiten, dürfen nicht zu extrem vorgehen, sondern sollen durch einsichtsvolles Handeln alles nach Möglichkeit zum Besten des Staates und seiner Bevölkerung lenken und leiten. Im Volke, so fährt Redner fort, muß jeder nach seinem Gewissen wählen und es darf dann der Nationalismus nicht den Idealismus überlagern, sondern der letztere den ersteren. Redner geht dann auf die Principien und das Verhalten zunächst der national-liberalen und weiter auch der socialdemokratischen Partei näher ein und bezeichnet diese Principien als nicht im Interesse des gesamten Volkes liegend. Der Nationalliberalismus habe es fertig gebracht, daß bei einem geringen Theil des Volkes großer Reichtum, in den unteren Schichten des Volkes aber vielfach Elend herrsche. Die Socialdemokratie verspricht, wie Redner weiter ausführt, goldene Berge, gibt den Arbeitern aber nichts. Mit der national-liberalen Partei hat das Centrum das gemein, daß sie gemeinsam an der Erhaltung des Staates, der jetzigen Gesellschaftsordnung arbeiten. Nicht so die Socialdemokratie. Redner beruft sich, um die verwerflichen Lehren der Socialdemokratie festzuhalten, auf das Bedeutsame: „Die Frau und der Socialismus“, ferner auf Aussprüche der hervorragenden Führer der socialdemokratischen Partei, die beweisen, daß, wenn der Plan dieser Partei verwirklicht wird, die Menschheit an den Abgrund gerathe. Redner spricht dann weiter über die socialreformatorischen Gesetze und kritisiert das ablehnende Verhalten der Socialdemokratie gegenüber all den Gesetzen, die zum Schutze und zum Nutzen der Arbeiter geschaffen wurden. Das Centrum habe stets zu erreichen gesucht, was erreichbar war und dadurch der deutschen Arbeiterschaft und den übrigen Ständen wirklich genützt, während die Socialdemokraten nichts Zugbringeendes geschaffen hätten. Das Centrum sei eine wahre Volkspartei. Es würde von der national-liberalen und gleichzeitig von der socialdemokratischen Partei belumpft, weil es die Wahrheit, die wahre Freiheit und das Recht wolle; weil das Centrum Gerechtigkeit und Barmherzigkeit auf seine Fahne geschrieben habe; weil es Ideale habe und nicht den Ragen als seinen Gott betrachte. Wir — so fährt Redner fort — kämpfen für das, was uns heilig ist: Wir kämpfen für Gott, Kaiser und Reich. Zum Schluß empfiehlt Redner die Candidatur Fuchs. Letzterer, der bisherige Vertreter des Wahlkreises Bochum, sei ein echter Volksmann und werde zu jeder Zeit für die ideoellen und materiellen Güter des Volkes eintreten. Redner Beifall lobte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Die anwesenden Gegner, zweifellos Socialdemokraten, verhielten sich während der ganzen Rede sehr unanständig. Sie widersprachen nicht nur fast nach jedem Satz, sondern machten mitunter solchen Lärm, daß es dem Redner des Fortsetzens nicht möglich war, weiter zu reden. Am größten wurde jedesmal der Lärm, wenn Herr Dr. Hillmann von Gott, und ferner wenn er vom Zukunftsstaat sprach. Zwischenrufe wie: „Blödsinn“, „Unsinn“, (gemünzt auf die Religion) u. s. w. wurden jeden Augenblick gemacht. Das ganze Verhalten der Socialdemokraten lieferte den Beweis dafür, wohin es führt, wenn man nicht dafür sorgt, daß dem Volke die Religion erhalten bleibt.

Das Wort wurde hierauf dem Redacteur der „Wesf.-Wesf. Arbeiterz.“ H. Bloß v. Dortmund gewährt. Redner vertritt in einer stark halbhumoristischen Rede (man ließ ihn jedenfalls, um den Lärm der „Genossen“ zu vermeiden, ruhig zu Ende reden) den Standpunkt seiner Partei zu den einzelnen Fragen. Redner äußert sich über den Zukunftsstaat dahin, daß sich über die Beschaffenheit desselben noch nichts sagen lasse, wie die Umwälzung eine fortwährende sei. Das Wichtigste sei zur Zeit, daß das jetzige Reichstagswahlrecht erhalten bleibe und daß dem Volke das Brod nicht vertheuert werde. Redner behauptet wiederholt, daß Religion bei den Socialdemokraten thatsächlich Privatfache sei, und forderte seine Genossen auf, den socialdemokratischen Candidaten Lehmann zu wählen. Die Centrumswählerchaft verhielt sich während dieser Ausführungen so ruhig, daß die Socialdemokraten sich ein Muster daran nehmen könnten und sollten.

Jetzt nahm unser Candidat Herr Kaufmann Ed. Fuchs, auf's lebhafteste begrüßt, das Wort. In einer mehr als 15minütigen Rede widerlegte er die Ausführungen des socialdemokratischen Redners Punkt für Punkt und zwar in so ruhiger und sachlicher Weise, daß er die gespannteste Aufmerksamkeit fand. An der Hand des erwarteten Programms wies Redner nach, daß die Religion bei den Socialdemokraten keineswegs Privatfache sei. In den Zukunftsstaat würden weder Kirchen erbaut werden, noch Geistliche angestellt werden können, weil aus öffentlichen Mitteln nichts dafür aufgewendet werden soll. Auch die religiöse Erziehung der Kinder sei unmöglich. Das jetzige Wahlrecht sei, so fährt Redner fort, bei der Centrumpartei so gesichert wie bei keiner andern Partei. Wollte sie Hand daran legen, dann säße sie den Ast ab, auf dem sie sitze. Zum Zukunftsstaat übergehend bewertete Redner, daß die Socialdemokraten doch nicht glauben sollten, daß man die jetzige staatliche Ordnung über den Haufen werfen wolle, bevor sie einen Plan für den Neubau fertig und fertig vorgelegt hätten. Getreide-Schussile seien nöthig. Wenn die Landwirtschaft

schafft nicht r
Löhne für die
gewaltig sinken
daß diese Arbeit
machten und
kräftigen Arbeit

Redner im
trums zur D
Socialref
entl. Vermögen
über das bürger
dabei seinen z
und zwar in
Zwischenrufe
um ganz beu
wahrheiten
vor Christen
sonders hervor
nicht achte, da
Verhalten der
habe seine z
halten, unter
der anwesenden

Herr Redn
sich jedoch n
sente. Redner
die Ausführun
sich in einem
Die vorbereit
von den Soci
auf ihren Cam
Es läßt s
hat gestern A
hälttissen ein
mit Stolz zu
selben ein sol
der Wahl am
sein kann.

* Local

* Witten
11, 12 Uhr ab
Zug traf am
Verhältnisse
den, welche n
Personen, den
wohl über ab

— An
einerseits sich
Einem auf d
der Finger e
Der Letzte
untergebracht

— Ein
auf nahm den
sigen Bion
Verbänd
sälschen
wurde, nachd
worden ware
Papstentf
türkischen Ver
teit. Am C
die Verba
die Jahne
kraten die er
dem Humbol
Dieser folgte
sich durch die
Fest fand bei
Festball. Zu
Besucher un
frängen ihrer
Ehrenporten
Verein kann
Befriedigung

— G
Eine Cravatte
Geld, eine T
— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

— Aus
des Vorstand
Vereins in
gefundenen G
denen Mitgl
nahme von C
hausen und
eine Wiederr
sind die Ver
Winkhaus, f
Köhlhoff, J
hat den vorge
angewonnen,
sind soweit w
und der Ver
die engere S
Kassenabschl
vor, der Ueb
lung A 510,
495, 913, 17
Vernehmung
aus dem gro
der Kasse no

schafft nicht mehr existieren könne, würden auch die Löhne für die in der Landwirtschaft Beschäftigten gewaltig sinken. Die Folge davon würde die sein, daß diese Arbeiter den Industriearbeitern Konkurrenz machten und damit sei doch auch den socialdemokratischen Arbeitern nicht gebiet.

Redner spricht weiter über den Standpunkt des Centrums zur Doppelwährung, Steuerwesen, Socialreform, über das Unvermögen einer evtl. Vermögens- bezw. Einkommensteuerrücklage; ferner über das bürgerliche Gesetz, die Flottenflotte usw. dabei seinen Vorredner wie gesagt, Punkt für Punkt und zwar in der schlagendsten Weise widerlegend wenn auch während dieser Ausführungen zahlreiche Zwischenrufe des Widerspruches erfolgte. To auch wiederum ganz besonders, als Redner von den hl. Glaubenswahrheiten, von Gott und seinen ewigen Strafen, von Christus sprach. Nachdem Redner hierbei besonders hervorgehoben, daß es ohne Gott und Religion nicht geht, das heute schon an dem ganzen Verhalten der Socialdemokraten, schloß er seine meisterhafte Rede, zweifellos eine der besten, die er je gehalten, unter dem Jubel und dem stürmischen Beifall der anwesenden Centrumseute.

Herr Vicar Rupin* Li aus Westpreußen wandte sich sodann in polnischer Sprache an seine Landsleute. Redner sprach mit großer Begeisterung und die Ausführungen fanden den größten Beifall, der sich in einem Hoch auf den Candidaten ausdrückte. Die vorherigen Hochs auf die beiden Redner wurden von den Socialdemokraten jedesmal mit einem Hoch auf ihren Candidaten beantwortet.

Es läßt sich nicht bestreiten, die Centrumspartei hat gestern Abend unter den allerhöchsten Verhältnissen eine Verammlung abgehalten, auf die sie mit Stolz zurückblicken darf. Mache der Nutzen derselben ein solcher sein, daß die Centrumspartei bei der Wahl am nächsten Donnerstag vollzähig zufrieden sein kann.

Locales und Provinzielles.

* Witten, 14. Juni. Der Abends fahplanmäßig 11,12 Uhr ab Langendreer Süd nach hier fahrende Zug traf am Sonntag Abend mit über 30 Minuten Verspätung hier ein und erreichte diejenigen Reisenden, welche nach Hagen weiterfahren wollten, etwa 90 Minuten, den Anstich nicht und mußten dieselben wohl oder übel die Nacht hier zubringen.

— Auf einem hiesigen industriellen Werke ereignete sich gestern ein bedauerndes Unfall. Einem auf demselben beschäftigten Arbeiter wurden vier Finger einer Hand fast vollständig abgetrennt. Der Verletzte wurde in das hiesige Krankenhaus untergebracht.

— Einen in allen Theilen großartigen Verlauf nahm das Fest der Fahnenweihe des hiesigen Pionier-Vereins, verbunden mit dem Verbandstage der rheinisch-westfälischen Pionier-Vereine. Das Fest wurde, nachdem Nachmittags die Delegierten empfangen worden waren, am Samstag Abend mit einem Festessen, an welchem auch die übrigen militärischen Vereine unserer Stadt theilnahmen, eingeleitet. Am Sonntag Vormittag fand im Hotel Voh die Verbandssitzung statt. Nachher wurde die Fahnenweihe vollzogen. Nachmittags traten die erschienenen Vereine des Verbandes auf dem Humboldtplatz zur Parade-Auffstellung an. Dieser folgte dann ein imposanter Festzug, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte. Das Fest fand seinen Abschluß durch einen glänzenden Festball. Zur Verschönerung des Festes hatten die Bewohner unserer Stadt durch Festgaben und Beiträgen ihrer Häuser und Errichtung zahlreicher Ehrenporten erheblich beigetragen. Der Pionier-Verein kann auf das Fest seiner Fahnenweihe mit Befriedigung und Stolz zurückblicken.

— Gefunden wurden folgende Gegenstände: Eine Gravattennadel, eine Handtasche, ein Trauring, Geld, eine Taschenuhr und Schablonen.

— Aus der am 7. Juni stattgehabten Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Knappschafts-Vereins wird berichtet: In der am 14. Mai stattgefundenen Generalversammlung sind die auscheidenden Mitglieder wiedergewählt worden mit Ausnahme von Generaldirector Schulz-Briesen in Rottbäumen und Gewerke H. R. Spennemann, welche eine Wiederwahl abgelehnt haben. Neu gewählt sind die Bergassessoren Rombrodt, Kleine und Winkhaus, sowie die Knappschaftsältesten Bloch und Köhlhoff I. Die Generalversammlung vom 14. Mai hat den vorgelegten Entwurf der neuen Satzungen angenommen, die Vorarbeiten zur Durchführung sind soweit wie thunlich schon in Angriff genommen und der Verwaltung wird zur weiteren Ausführung die engere Statutcommissur zur Seite gestellt. Der Rassenabschluß für das 1. Vierteljahr 1898 liegt vor, der Ueberschuß beträgt in Hauptkassen-Abtheilung A 510,242,26 M., Hauptkassen-Abtheilung B 495,913,17 M., zusammen 1,006,155,43 M. Die Vermehrung der Einnahmen ist wesentlich zu erklären aus dem großen Zuzug von neuen Mitgliedern, die der Kasse noch keine Kosten bereiten. Die Nach-

zahlung der Unfallkindergebelde ist jetzt als abgeschlossen zu betrachten, es sind 3390 Anträge auf Zahlung von Kindergebelde im Gesamtbetrage von 948,072,64 M. erledigt, verjährt waren hiervon 282,683,85 M., die aber auch gezahlt sind, und laufend werden monatlich gezahlt werden 26,128,55 M.

— Fortgesetzt wird darüber geflagt, daß die Telegraphen- und Fernsprechanlagen in böswilliger oder muthwilliger Weise beschädigt werden. Man gibt ein Telegramm auf und muß nachher zu seinem Schaden erfahren, daß das Telegramm erheblich verzögert worden ist; irgend ein roher Mensch hat ein Stück Draht in die Telegraphen-Leitung geworfen und diese dadurch unbrauchbar gemacht, so daß das Telegramm nur mit Verzögerung und auf Umwegen seiner Bestimmung zugeführt werden konnte. Oder man will schnell eine geschäftliche Angelegenheit am Fernsprecher erledigen; aber die Leitung ist zerstört: ein muthwilliger Schulknaue hat sich das Vergnügen gemacht, mit Steinen nach den Porzellanglocken zu werfen, und dadurch den Betrieb unterbrochen. Dem Schulknaue mag füglich noch die Einsicht fehlen, um die Folgen seines Unsinns zu übersehen, hier kann nur die Polizei durch Eltern und Lehrer helfen; als vollständig unbegreiflich aber muß es bezeichnet werden, wenn Erwachsene sich an den Telegraphen- und Fernsprechanlagen vergreifen, nach den Porzellanglocken werfen und schießen oder gar die Drähte durchschneiden. Der Telegraph einschließlich des Fernsprechers dient dem Wohle Aller; wer öffentlich Telegraphenanlagen beschädigt, schädigt sich selbst. Darum hat das Gesetz auch die Beschädigungen an Telegraphenleitungen, zu denen auch die Fernsprechleitungen gehören, mit schweren Strafen bedroht. Auf vorläufiger Beschädigung steht bis zu 3 Jahren Gefängnis und selbst fahrlässige Gefährdung der Telegraphenlinien wird noch mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 900 Mark bestraft. Jeder erwirbt sich ein Verbrechen, der dazu beiträgt, die Telegraphenlinien zu schädigen. Kann übrigens der Thäter zum Ersatz und zur Strafe herangezogen werden, so wird demjenigen, der den Thäter bei der Polizeibehörde oder einer Post- oder Telegraphenanstalt anzeigt, seitens der Polizeiverwaltung eine Belohnung bis zur Höhe von 15 Mark gezahlt, selbst dann, wenn der Schuldige wegen jugendlichen Alters nicht bestraft werden kann.

* Aachen, 13. Juni. Als ein Bedürfnis wurde hier schon lange die Errichtung einer Badeanstalt empfunden, deren Erbauung denn auch schließlich in Angriff genommen wurde. Gestern ist die nützliche Anstalt nun eröffnet worden.

* Dortmund, 10. Juni. Aus dem gelobten Lande kamte ein Mann, der sich vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. Es war der ehemalige Händler Chaim Simcha, der sich von Jerusalem durch die ganze Welt getrieben und anschließend dabei gerade keine schlechten Geschäfte gemacht hat. Er mußte namentlich das Mittel seiner israelitischen Glaubensgenossen zu erregen, die Gaben floßen denn auch reichlich. In der Verhandlung lagte Chaim seine Vor, laut welchen der Angeklagte seiner in Deutschland lebenden Tante in kurzer Zeit 40, 30, 20, 10 M. schickte, welche Simcha zusammengebeutelt hatte. Im Mai d. J. war Simcha nach Dortmund gekommen, um hier sein Geschäft zu betreiben. Er bettete auch bei dem Kaufmann Rothschilb, schob diesem aber ein hineingelegtes 10 Pf.-Stück mit dem Bemerkung zurück: „Ich will ein jüdisches Mädel haben.“ 10 Pf. waren Simcha, der ausnehmend arbeitsam war, mehr zu erhalten, nicht genug. Die Polizei nahm ihn bald fest und stellte ihn wegen Betruges vor Gericht. Simcha, der sich gut zu benehmen verstand und nicht weniger wie acht Sprachen geflüstert spricht, wurde zu acht Tagen Haft verurtheilt.

— (Dortmund, 13. Juni. Gestern Morgen fand in unserer Stadt in altergebrachter Weise die feierliche Fronleichnamsp procession der alten Pfarrei Dortmund statt. Gegen 1/2 12 Uhr, nach beendigtem Levitenamt, nahm dieselbe unter dem Geläute aller Glocken von der Propsteikirche aus ihren Anfang. Voran zogen die Schulen in Begleitung ihrer Lehrer und Lehrerinnen, aus den Stadt-pfarreien die ersten und zweiten Klassen, aus den Landpfarreien die ersten Klassen. Darauf folgten die Jungfrauen-Congregationen und die Mütter- und Frauenvereine. Begleitet von vielen weißgekleideten Engeln, den barmherzigen Schwestern und dem Chöre der Propsteikirche kam dann das Sanctissimum. Nach den Kirchenvorständen, Gemeindevorsetzungen und Cäcilien-Chören folgten die Jungfrauen-Sozialitäten und Männervereine; den Schluß bildeten die Bolenvereine. Acht Musik-kapellen begleiteten die Prozession. Die Theilnahme daran war überaus groß, besonders waren die Mitglieder der einzelnen Vereine sehr zahlreich vertreten. Bei dem prächtigen Wetter konnte die große Prozession in den festlich geschmückten Straßen der Stadt sich voll entfalten. Feierlich erklangen die schönen Festes- und Dankeslieder aus frohbewegten Herzen zum öffentlichen Bekenntnisse des Glaubens an dieses hehre Sacrament, und

fromme Gebete drangen zum Himmel empor zur Dankagung für die Einsetzung desselben und zur öffentlichen Abbitte für alle Verunehrungen, die dem göttlichen Heilande in diesem Sacramente zugefügt worden sind, dann aber auch, um den göttlichen Segen herabzusenden auf Stadt und Land, auf Volk und Obrigkeit. Die Festpredigt hielt der hochw. Herr Vicar Grüne von der Marienkirche. Den Schluß bildeten der Ambrosianische Lobgesang und dann in der Propsteikirche der sacramentale Segen. So war auch in diesem Jahre wieder die herrliche Fronleichnamsp procession eine mächtige Kundgebung echt katholischen Lebens in unserer Industrieregion und inniger Glaubensstreue der hiesigen Katholiken.

— Für Sonntag den 12. Juni veröffentlichte die hiesige „altkatholische“ Gemeinde im „Märk. Spr.“ folgende Gottesdienstanordnung:

„Sonntag, den 12. d. Mts., kann wegen der Störungen der großen in diesen Stunden ausziehenden Fronleichnamsp procession kein Gottesdienst stattfinden.“

Dieses wunderbare „Deutsch“ sagt zwar genau das Gegentheil von dem, was es sagen soll; aber abgesehen davon, ist es unerfindlich, wie die Fronleichnamsp procession den „altkatholischen“ Gottesdienst „stören“ könnte. Die Prozession zieht erst gegen 12 Uhr aus, also zu einer Zeit, in der der „altkatholische“ Gottesdienst längst beendet sein kann und außerdem liegt die Johanniskirche garnicht am Processionswege. Der Verdacht liegt nahe, daß man mit dem Hinweis auf die durch die Prozession angeblich verursachte „Störung“ des „altkatholischen“ Gottesdienstes der Polizeiverwaltung Material für eine Verhinderung der Prozession liefern wollte. Man weiß ja längst, wie „freundlich“ die „Alttholiken“ dem sehr alten Brauche der Processionen gegenüber stehen. Charakteristisch ist aber, wie wenig Bedeutung Seitens der „Alttholiken“ der hl. Messe und der uralten Verpflichtung, ihr an Sonn- und Feiertagen beizuwohnen, beigelegt wird, wenn mit einer so nicht-lagenden „Begründung“ ihr Gottesdienst nicht stattfinden soll. Sie denken wohl, die Verhinderung der Prozession sei das Opfer des Gottesdienstes schon werth.

— Am Freitag Morgen gegen 10 Uhr wurde eine Probefahrt auf der Strecke Bochum - Weidenhamer der elektrischen Straßenbahn vorgenommen. Voraussichtlich wird diese Straße nunmehr bald in Betrieb genommen werden.

* Söndrop, 8. Juni. Gestern kamen auf Zeche „Marianne und Steinbank“ zwei Arbeiter zu Tode. Beim Aufbauen eines Gerüstes brach ein Balken, so daß die Unglücklichen in die Tiefe stürzten. Mit zerbrochenem Kopfe und zerbrochenen Gliedern wurden sie aufgefunden.

* Cöln, 8. Juni. Wegen unregelmäßiger Wagensstellung, es waren von den bestellten 215 Wagen nur etwa 20 Wagen gestellt, mußte die Besetzung der Zeche „Schamrock“ Schicht III und IV heute Morgen gegen 12 Uhr ausfallen. Die Nachmittagschicht dagegen konnte, da jetzt genügende Wagen vorhanden waren, anfahren.

* Wattencheid, 13. Juni. Vom schönsten Wetter begleitet konnte sich gestern unsere Feld-prozession in vollem Glanze entfalten und die reichgeschmückten Straßen und Wege passieren. Die Theilnahme an der Prozession war eine sehr große, schätzte man dieselbe doch auf 18-20,000 Personen. Um 8 Uhr begannen die Schulkinder auf der Dörfler- und Schauffeldstraße aufzustellen und setzten sich um 1/2 9 Uhr die Prozession in Bewegung, um Gottes Segen für die Früchte des Feldes zu erheben. Einen gar lieblichen Anblick boten die großen Scharen der Engeln und Bräutchen, welche Blumen streuend dem Sanctissimum voranschritten. Den Allerheiligsten folgten dann unsere barmherzigen Schwestern, sowie die Schwestern von Ledenborn, denen der Kirchenvorstand sowie die Gemeindevorsetzung folgte. Nach alter Sitte trug von der ersten zur zweiten Station der hochw. Herr Pfarrer Adams von Söndrop das Allerheiligste, von der zweiten zur dritten Station Herr Pfarrer Lütken von Ledenborn. Auf der Lohrhaide fand auf dem von der Kirchengemeinde angemieteten Plage vor dem dort stehenden Kreuze die Festpredigt statt über die Liebe Jesu im allerheiligsten Altarsacramente, gehalten von Herrn Vicar Häder. Die Ordnung bei der Prozession wie auch die Haltung der Andächtigkeits bei dem Vorbeimarsch, der etwa 2 1/2 Stunden dauerte, war eine musterhafte. Begleitet war die Prozession von 11 Musikchören. Ganz besonders verdient noch erwähnt zu werden die Theilnahme von sieben polnischen Vereinen mit ihren Fahnen, deren Mitglieder durch Beten und Singen einen erbaulichen Eindruck machten. Der Einzug der Prozession war gegen 2 Uhr vollendet. — Am Nachmittag fanden in den Gartenanlagen und Sälen der Herren Fickner und Brecklinghaus Concerte statt, denen am Abend Theater-Aufführung folgte. Bei Herrn Fickner spielte der St. Antonius-Knappenverein „Des Priesters Rache“ und bei Brecklinghaus der christlich-social Arbeiterverein „Die Flodder“. Auf beiden Stellen war der Verkehr ein sehr reger, so daß man kaum ein Plätzchen erobern konnte.

— Der wegen Diebstahls, Sachbeschädigung u. dgl. verurtheilte Arbeiter-Dehler resp. Ge-selle Kather wurde am Samstag Nachmittag von Herrn Polizeicommissar Diefenbach aufgegriffen und durch den Polizeiergenten Wertens dem Land-gericht Bochum zugeführt.

* Schalk, 11. Juni. Das Vorgehen der Betriebsverwaltung des Riesberges scheint leider auch bei den hiesigen Großindustriellen Schule zu machen. Ein Walzwerk, auf dem bisher aus Rücksicht auf die katholischen Arbeiter am Fronleichnamstage nie gearbeitet worden ist, ließ, laut „Märk. Spr.“ am Mittwoch ansetzen, daß diesmal gearbeitet werden müsse und auch Verurlaubungen nicht stattfinden würden. Daß die katholischen Arbeiter dadurch an der Erfüllung religiöser Pflichten und kirchlicher Gebote verhindert werden, scheint den liberalen Herren fürchterlich gleichgültig zu sein. Arbeiter, gebt diesen Herren am 16. Juni die richtige Antwort mit dem Stimmzettel und wählet Mann für Mann den bisherigen Reichstags-abgeordneten Herrn Ed. Fuchs in Köln!

Zum spanisch-amerikanischen Kriege.

* Madrid, 11. Juni. Die öffentliche Meinung mißbilligt das Vorgehen der fremden Presse zu Gunsten des Friedens. Die Generale sind der Ansicht, Spanien könne zwei Jahre den Krieg auf Cuba aushalten. Die Regierung empfing keinen auf den Frieden bezüglichen Vorschlag der Mächte, würde aber einen solchen ablehnen, da Spanien entschlossen ist, den Krieg bis auf's Aeußerste zu führen. Nach hierher gelangten Meldungen brach das gelbe Fieber auf dem Geschwader Sampsons aus.

* Savannah, 11. Juni. Acht Kriegsschiffe vom Geschwader des Admirals Sampson bombardierten gestern, Freitag, Vormittag Santiago. Gleichzeitig näherten sich mehrere Schiffe, welche von kleinen Dampfern geschleppt wurden, der benachbarten Küste, um eine Landung zu bewerkstelligen. Die Beschießung dauerte drei Stunden. Die Spanier vermochten aber die Landung der Amerikaner zu verhindern. Die auf große Entfernung abgegebenen Granatschiffe der Amerikaner richteten keinerlei Schaden an. — Einer amtlichen Meldung zufolge verliefen mehrere spanische Schiffe den Hafen, um das kleine amerikanische Geschwader anzugreifen, das den Hafen blockierte. Die Amerikaner wichen aber dem Kampfe aus und zogen sich zurück. Eine andere Depesche meldet, elf amerikanische Kauf-fahrtschiffe seien vor Santiago eingetroffen; an Bord derselben befanden sich vermuthlich Landungstruppen. Zur Verhinderung der Landung derselben seien Maßnahmen getroffen.

* New-York, 11. Juni. Ein Telegramm des „Evening Journal“ aus Hongkong vom heutigen Tage meldet, der Entscheidungskampf um den Besitz Manila werde heute zwischen den Aufständischen und den Spaniern ausgefochten. Admiral Dewey nehme an dem Kampfe nicht Theil; er wache über die Aufständischen, damit keine Grausamkeiten begangen würden. Die Aufständischen sollen New-Manila bereits genommen und dem Generalgouverneur mitgetheilt haben, wenn er nicht die Aufkündigung, welche einen Preis auf den Kopf Aguinaldos setzt, zurückziehe, werde seine Person nicht gesondert werden. — Nach einer über Kingston eingetroffenen Depesche vom Bord des Preßschiffes auf der Höhe von Santiago soll das Kanonenboot „Suwanee“ am letzten Mittwoch 300,000 Stüd Patronen, 2000 Messer und 400 Gewehre an Land gebracht und einem Corps von 800 Aufständischen übergeben haben, welche von dem in den Bergen westlich von Santiago aufgeschlagenen Insurgentenlager entlassen worden seien. Die Zahl der in dem genannten Lager befindlichen Insurgenten soll 5000 betragen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Dortmund, 13. Juni. (Telegramm.) Der „Dortmunder Zeitung“ zufolge erfolgte gestern Abend in dem Hause des Generalagenten Sohn in der Arkstraße eine furchtbare Gasexplosion, bei der sämtliche Fenster des dreistöckigen Hauses zertrümmert und die Thürnen aus den Angeln geschleudert wurden. Ein Dienstmädchen ist getödtet, sonst ist Niemand verletzt.

* Berlin, 13. Juni. (Telegramm.) Gestern fand bei herrlichem Wetter die Brunner Regatta statt, bei der auch der Kaiser bewohnte. Den vom Kaiser geleiteten Wanderpreis gewann der akademische Ruders-Club Berlin-Spanien.

* Paris, 13. Juni. (Telegramm.) Der Reichskaiser Fürst Hohenzollern ist gestern Abend abgereist.

* Budapest, 13. Juni. (Telegramm.) In Balma-Livorno haben, wie gerüchelt wird, einheimische Arbeiter die fremden Arbeiter überfallen. Die Gendarmerie hat von der Schuß-waffe Gebrauch gemacht, wobei eine Person getödtet und drei verwundet sein sollen.

* Buenos-Aires, 13. Juni. (Telegramm.) General Rosca wurde zum Präsidenten von Argentinien gewählt.

Candidat des Centrums ist Herr Kaufmann Eduard Fuchs in Köln-Rhein.

Wähler für den Reichstag

ist jeder deutsche Bürger, welcher am Tage der Wahl 25 Jahre alt ist, auch wenn er keine Steuern zahlt. Die Wahl ist geheim. Jeder Wähler hat den Zettel, auf dem der Name seines Candidaten steht, zusammengefaltet dem Wahlvorsteher zu übergeben. Der Wahlvorsteher muß den Zettel in Gegenwart des Wählers in die Wahlurne hineinlegen, ohne ihn zu öffnen.

Ort der Wahl ist das Wahllocal desjenigen Bezirks, in dem der Wähler zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat, resp. bei der Personenstandsaufnahme im November vorigen Jahres gewohnt hat. Zeit der Wahl ist am Donnerstag, den 16. Juni 1898, von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags, und zwar ununterbrochen, also auch in der Mittagsstunde. Die Wahl ist also in jeder Beziehung bequem, und Jeder kann ungehindert seiner Ueberzeugung gemäß frei und unabhängig wählen!

ist keine gebrannte Gerste, sondern ein eigenartig bereitetes Malzprodukt, das nach patentirtem Verfahren mit Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees versehen ist.
